

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. (M) Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 235

Donnerstag, den 6. Oktober 1921.

161. Jahrgang

Tageschronik

Amerikanische Großbanken wollen der deutschen Industrie Kredite für die Devisenfälle zur Verfügung stellen.

Die Verhandlungen zur Regulierungsbundbildung gehen weiter.

Die Verhandlungen über die bevorstehende Entscheidung über Oberstleuten widersprechen sich.

Die von Deutschem zu zahlenden Bekleidungssteuern werden auf 100 Milliarden Papiermark geschätzt.

Englische Erkenntnis der Ursachen des Wertminderungs und der Arbeitslosigkeit.

Das amerikanische Kreditangebot.

Wie unser Berliner Vertreter aus Industriezirkeln erzählt, werden die Verhandlungen zwischen der Industrie und der Regierung vielfach als Tatsache dahin gedeutet, daß es bestimmt zu einem Abschluß kommen wird. Das ist durchaus nicht der Fall, wenn auch die Industrie in einer gewissen Mehrheit sich für die Devisenhilfe bereit erklärt. Die Industrie würde selbstverständlich nur dann mit der Regierung einig werden können, wenn die Regierung in der Lage ist, bestimmte Zusicherungen hinsichtlich der Sicherheit zu geben. Zusicherungen, die sich auf die bestimmte formulierten Forderungen der Industrie beziehen. Da die Regierung aber gerade in der Lage ist, z. B. in den Steuerfragen den Forderungen der Industrie zu entsprechen, werden wahrscheinlich auch Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien aufgenommen werden müssen. Der Industrie kommt tatsächlich zu Gute, daß sie bereits jetzt amerikanische Angebote auf Kreditgewährung vorliegen hat, die durchaus ernst zu nehmen sind. Die Verhandlungen mit den amerikanischen Industrie- und Banken, die bereits in Anlage in Berlin begangen werden, werden von dem fehlenden Industrie-Ausschußes gebildeten Ausschuss geführt werden. Bemerkenswert ist, daß man in Amerika der deutschen Industrie das Vertrauen entgegenbringt und für große Kredite bereit ist, während unsere Regierung sich bisher verweigert, den Kredit auszusuchen. Es ist dringend die Devisenhilfe der Industrie auch sein mag, werden sich die Verhandlungen doch noch genaue Zeit hinziehen.

Der deutsche Notenumlauf.

Der deutsche Notenumlauf ist von 18. Millionen Mark am 30. Juni 1921 auf 85 Milliarden Mark am 30. September 1921 gestiegen. Die Geldbedeckung betrug an diesem Tage noch ein Prozent.

Man verhandelt weiter.

Neue Komittees kommen die Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, Demokraten und der Deutschen Arbeiterpartei zu einer Aussprache beim preussischen Ministerpräsidenten Steinerwald zusammen. Es soll der Versuch gemacht werden, aus den von den einzelnen Parteien aufgestellten Mindestforderungen die Grundzüge eines gemeinsamen Regierens abzumachen. Es ist fernverständlich, daß die Frage der Wahlen für die Reichsversammlung und der endgültigen politischen Regelung bei den gemeinsamen Besprechungen zur Sprache zu bringen. Vor der nächsten Woche ist mit einer Entscheidung nicht zu rechnen. Auch in die nächsten Verhandlungen in nächster Woche in ein entscheidendes Stadium treten.

Die Volkspartei und die Koalition.

Auf der Tagung des Geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Volkspartei berichtigte Reichsstaatssekretär Dr. Stresemann über die bisher in der Frage der Regierungsbundbildung erfolgten Verhandlungen. Als deren Ergebnis ist festzustellen, daß sich außerpolitisch und innerpolitisch sehr wohl ein sachliches Programm aufstellen lassen, das von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie vertreten werden könnte. Es läßt sich dieses Gemeinschaftsprogramm unter Umständen auch auf die Zentrumspartei ausdehnen. Solange jedoch eine Klarstellung über die Devisenhilfe der Industrie nicht erfolgt ist, mußte aus von weiteren offiziellen Verhandlungen in der Frage der Koalitionserweiterung Abstand genommen werden.

In der Aussprache stimmten sämtliche Redner Dr. Stresemanns Darlegungen zu. Dr. Ledig unterstützte dabei namens der preussischen Landtagsopposition ebenfalls die Auffassung.

Noch keine Einigung über Oberstleuten?

Eine neue Untersuchungskommission?

Berücksichtigt man, was gemeldet worden, daß im Militärkommando bereits eine Einigung über die oberstleutenfrage erzielt worden wäre. Das Journal des Debats" meldet wiederum, daß diese Weltungen zerbröckelt sind. „Erwähnte Zeitschrift" meldet, der Reichsausschuß zur Ermittlung der oberstleutenfrage habe im Prinzip einen von einem seiner Sonderbeauftragten (Leutnant v. Brand und Leutnant v. Geisler) unterbreitet, deren Antworten erwartet würden. Eine sehr betrübliche Diskussion sei wegen der Deutchenzfrage entstanden.

Oberstleutenblätter berichten, daß eine zweite Kommission des Militärkommandos in Oberstleutenfrage einsetzt, der zwei Spanier und ein Engländer, ein Holländer, ein Schwede und ein Belgier angehören.

Keine Verhandlungen mit Polen.

Von polnischer Seite ist in letzter Zeit wiederholt inoffiziell der Versuch gemacht worden, mit Deutschem in Berlin Verhandlungen über die oberstleutenfrage einzutreten. Wie unser Berliner Vertreter zuverlässig hört, hat die Deutsche Regierung diese Verhandlungen mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß sie in der oberstleutenfrage ihr Recht fordern müsse und nicht in der Lage sei, in Verhandlungen mit Polen irgendwelche Konzessionen zu machen. Gleichzeitig hat die Deutsche Regierung die polnische weisen lassen, daß sie bereit sei, sich an der Ausübung der Vergewaltigung auf polnischem Gebiet insofern zu beteiligen, als sie die nötigen Mittel zur weiteren Inbetriebnahme dieser Vergewaltigung bereit halten würde. Polen möchte aber in diesem Fall offiziell erklären, daß es die deutsche Regierung hat Oberstleuten in sich schließen würde. Eine derartige Erklärung hat Polen nicht abgegeben.

Neue polnische Grenzverletzungen.

Polnische Warden griffen in der Nacht zum Dienstag an zwei verschiedenen Stellen die Grenzschutzposten an. Der Angriff wurde zurückgeschlagen, doch wurden dabei zwei Beamte der Abwehrungswache verwundet.

Bei dem Grenzübergang bei Malsow wurden von Engländern und Franzosen der Abwehrungswache mehrere Wunden zugefügt, die polnische Flugblätter aufhängenden Inhalts bei sich tragen.

Die französisch-polnischen Intriguen.

„N. Paese" weist auf die Bemühungen geheimer Intriguen seitens der Franzosen hin, die darauf abzielen, Oberstleuten Deutschem zu entreißen. Das französisch-polnische Verhältnis Oberstleuten hat überdies auch die durch die französisch-polnische Agitation früher irtüßerte Bevölkerung zur Vermittlung gebracht. Eine neue Koalition würde für Deutschland nur vorteiliger ausfallen als die erste. Es geht nicht vor allem, den französisch-polnischen Intriguen in Gen entgegenzutreten.

daß die Koalitionsausschüsse in Preußen und im Reich gleichzeitig vorgenommen werden müsse.

Reichsminister A. D. Scholl führte auf dem Einkammer-Vereinbarung des Reichstagspräsidenten Dr. Brüning der Deutschen Volkspartei aus, er glaube nicht an ein Zustandekommen der Koalition. Wenn die Koalitionsvorstellungen Scheitern, so werde die Deutsche Volkspartei eine Ausnahmefeststellung einbringen, die das Zentrum und Demokraten ermöglichen, auf die Deutsche Volkspartei zurückzutreten, wenn sie sich von der Sozialdemokratie trennen hätten. Voraussetzung dafür sei, daß die Volkspartei nicht auf alle Fälle Oppositionspolitik treibe, sondern sich auf den Boden der sachlichen Mitarbeit stelle.

Die Forderungen der Sozialdemokraten.

Die von der sozialdemokratischen Landtagsopposition aufgestellten Forderungen zu der am Donnerstag stattfindenden Konferenz bei Eisenberg werden in den „V. B. J." folgendermaßen formuliert: 1. Anerkennung und Verwirklichung der Republik; 2. Festlegung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Staat und Gemeinden; 3. Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Polizei; 4. Säuberung und Ausbau der Wehrtechnik; 5. Forderung einer grundsätzlichen Justizreform; 6. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes; 7. Schaffung herausgehobener des Befehls zum Ausscheid des Staatshaushalts. Das „V. B. J." bemerkt ferner: Wir glauben nicht, daß diese sehr allgemein gehaltenen Forderungen auf Widerstand stoßen werden (1).

Anzeigenpreis Der Saep. Wilm. Zeitraum 35 J und der Saep. Wilm. Zeitraum 1.50. Die laufende Monatszahlung nach dem Bestehen auf einem Anzeigen in Zahlung genommen. Abrechnung über 50 J. Porto besonders. Norm. Anzeigenfrist 1 Uhr vorm. Fernspr. 114. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Der Kampf um die Mitte.

Von Dr. Eduard Stabler.

Die Verhandlungen über die Erweiterung der Regierungsbund im Reich und in Preußen sind im Gange. Der Stand der Dinge wird am besten mit den Worten: Berichterstattung und Beratung gekennzeichnet. Und das Resultat der Verhandlungen wird dann sein: Es bleibt beim alten.

Die Kräfte, welche in letzter Zeit zur Vorbereitung der Regierungsbund drängen, waren doppelter Art. Zunächst machte sich der Druck der Reparationen geltend. Die Annahme des Ultimatums erfolgte durch die in der jetzigen Regierung stehenden Minderheitsparteien der parlamentarischen Mitte, wobei die Unabhängige Sozialdemokratie scharf nachwirkte. Im Grunde genommen war es der Druck der Friedensentscheidung von 1917, der Bied der Revolutionssträger im Jahre 1918. Die Unabhängige Sozialdemokratie war immer noch im Interesse der Revolution oder der Verwirklichung stand. Auch im Mai 1921 war die Situation schon so weit gediehen, daß Erzberger glaubte, Zentrum und U.S.D. zu einer breiten Regierung zusammenbringen zu können. Gegenüber dieser einseitigen Vorbereitung nach links machte sich innerhalb des Zentrums und innerhalb der demokratischen Partei die Angst vor der nationalen Opposition der zwei Minderheitsparteien immer stärker bemerkbar. Während der zwei Minderheiten des Zentrums nach links drängte, holte der rechte Flügel nach rechts aus. Durch die doppelte Vorbereitung nach links und rechts hoffte man die Verantwortung für die Erfüllung beziehungsweise für die Nichterfüllung des Ultimatums auf möglichst viele Schultern zu legen. Da die sogenannte Erfüllung der Reparationsverbindlichkeiten eine geradezu aufreibende Steuerpolitik bedingte, konnte man zugleich durch Bildung eines Großblocks der Mitte den für die Minderheiten gefährlichen Wahlen entgegen.

Der Wortschreiber Erzberger brachte die Gefahr einer Scheidung der Gelehr nach rechts und links, und damit wurde ein neuer Druck auf die in ihrer Existenz bedrohten Minderparteien ausgeübt. Das Zentrum schien auseinander zu zerfallen. Auch die partei der demokratischen Partei schien zerfallen auseinander. Und die Minderheitssozialdemokratie folgte dem Zug nach links. Da fehlen zwei Rettungsaktionen ein, die Strekmann — zur Rettung seiner Partei von der rechten, die Strekmann — zur Rettung des Zentrums gegen rechts und links. Und diese Rettungsaktionen verband sich mit den Aktionen, die auf Grund der Erfüllungspolitik zur Vorbereitung der Regierungsbund führen sollten.

Weber der Druck der Reparationen noch die Erzbergerkritik hätten allein vermocht, die Bildung einer großen Koalition der Mitte von der Deutschen Volkspartei bis zur Minderheitssozialdemokratie jetzt in die Nähe zu rücken, wenn nicht außerpolitischer Druck eingewirkt hätte. Es schien, als ob Erzberger ein Interesse daran haben würde, daß in Deutschland Arbeiterpartei und Industriepartei sich zur Regierungskoalition entschließen, weil durch eine solche Koalition der einseitige französische Kurs des Kabinetts Wirth-Rathenau gebrochen werden könnte.

Nun hat der englische Druck, wenn man von einem solchen sprechen konnte, überhaupt nachgelassen. England hat nicht insinuiert, daß es in diesem Augenblick kein Interesse an einem Anglerwechsel habe. Das Kabinet, welches die Erfüllung ausgeprochen habe, müßte so lange regieren, bis es zum Einverständnis der Unversöhnlichkeit der Ultimatumverbindlichkeiten gekommen sei. Mit dieser Zielsetzung Einverständnis nicht für Gewalt und in Gewalt, wenn auch mehr hinter den Rücken, gegen den Fortbestand des Kabinetts Wirth-Rathenau und für eine Veränderung der Reichsregierung im Sinne der Deutschen Volkspartei sprach. Die Stellungnahme Englands hatte auch zur Folge, daß das Zentrum, das sich bereits mit der Preisgabe Wirths mehr oder weniger abgefunden hatte, nunmehr mit Wirth sich stillbarst erklärte und damit gegen die Deutsche Volkspartei sich leitete. Anzunehmen ist die Erzberger nach dem Wortschreiber Erzberger Wirth verließen, jedoch die Minderparteien von der Scheidung der Gelehr nach rechts und nach links nichts mehr zu fürchten haben. Sie scheuen daher nicht mehr an die Gegenwart. Das Verhältnis nach einer großen Koalition zur Rettung der linken Mitte ist nicht mehr so elementar.

In dieser Situation, wo die Frage der Regierungsbundflagant, während die politisch wirtschaftlichen Kräfte überall im Auge sind, sucht nun auf der einen Seite die Deutsche Volkspartei außer der reinen Politik die Unterstützung der Industrie, während umgekehrt die Minderheitssozialdemokratie, um den Eindruck von Gehör zu verdienen, in allem die Rücksicht auf die Unabhängige Sozialdemokratie wahren (1). Die Anhänger des Wortschreiber der Mitte innerhalb der Partei

